

News Archiv 2017

2017-10-20 12:57

[younion-Forderung an die Politik: Fürsorgepflicht für Gemeindebedienstete ernst nehmen!](#)

In Österreich kommt es vermehrt zu Fällen, in denen Gemeindebedienstete von der verantwortlichen Politik rechtlich und finanziell im Stich gelassen werden. Gerichtsurteile wie im Fall der Wahlkarten bei der vergangenen Bundespräsidentenwahl, aber auch bei Bauverfahren, Finanz- und Vergabeverfahren zeigen, dass die Politik zunehmend die Verantwortung auf Beschäftigte abwälzt. Auch die Verurteilung im Fall einer Kindergartenpädagogin in Graz zu Schadenersatz wegen angeblicher Verletzung ihrer Aufsichtspflicht ist nur ein Beispiel von vielen.

younion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert in einer Resolution des Bundesvorstandes die Politik dazu auf, ihre Fürsorgepflicht ernst zu nehmen!

younion-Vorsitzender Christian Meidlinger: „Viele KollegInnen fühlen sich der Klagswut von BürgerInnen ungeschützt ausgeliefert. Sie leisten so viel mehr, als sie müssten. Nun fragen sie sich, ob sich ihr Engagement noch lohnt. Durch die Untätigkeit der Politik droht der gesamte Gemeindedienst handlungsunfähig zu werden.“

Es kann nicht sein, dass ArbeitnehmerInnen vor jeder Entscheidung oder im Fall einer Weisung zunächst ein Rechtsgutachten einholen müssen, um abgesichert zu sein. Der derzeitige Zustand bedroht Beschäftigte und deren Familien im Schadensfall in ihrer Existenz. Besonders betroffen sind unter anderem die ArbeitnehmerInnen in den Gesundheitsberufen.

younion-Rechtsexperte Michael Rovina: „Die Fürsorgepflicht der Dienstgeber ist unter anderem im Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch (ABGB) in Paragraf 1157 als allgemeine Anordnung festgeschrieben. Diese Regelung ist bereits seit hundert Jahren in Kraft und stellt unmissverständlich klar, dass Dienstgeber die Arbeitsbedingungen so zu regeln haben, dass die Gesundheit und die Person des Dienstnehmers geschützt werden. Selbstverständlich gelten diese Grundsätze auch im Öffentlichen Dienst, aufgrund der exponierten Stellung wohl sogar verstärkt.“

younion-Vorsitzender Christian Meidlinger abschließend: „Für unsere Mitglieder bieten wir umfangreichen Versicherungsschutz. Aber wir sorgen uns um alle KollegInnen. Wir erwarten von den Dienstgebern, dass sie ihre MitarbeiterInnen schützen.“

[Read more ... younion-Forderung an die Politik: Fürsorgepflicht für Gemeindebedienstete ernst nehmen!](#)

2017-10-20 08:57

Kern: Chance auf Rot-Blau „im tausendstel Promille-Bereich“

Bundeschkanzler Christian Kern (SPÖ) schließt die Möglichkeit einer rot-blauen Koalition de facto aus. Befragt, ob es überhaupt noch Chancen dafür gebe, sagte Kern heute vor Beginn des Brexit-Gipfels der 27 Staats- und Regierungschefs in Brüssel, diese lägen „im tausendstel Promille-Bereich, würde ich einmal formulieren“.

Darauf angesprochen, dass die SPÖ langsam in Gespräche mit der FPÖ eintreten müsste, sollte Rot-Blau überhaupt noch eine Option sein, nachdem ÖVP und FPÖ schon Geheim- oder inoffizielle Gespräche geführt haben, meinte der Kanzler: „Ich habe immer gesagt, dass die logische Konsequenz des Wahlergebnisses eine schwarz-blaue Regierung“ sei. „Ich bin überzeugt, dass es so sein wird.“

„Für Gespräche offen“

Aber, „wir stehen für Gespräche offen“. Dabei gehe es um inhaltliche Auseinandersetzungen und nicht um ein dogmatisches Ein-oder Ausschließen von irgendjemandem. Aber es sei „von Anfang an klar gewesen, dass es in die Richtung (Schwarz-Blau, Anm.) gehen wird. Beide Parteien haben Programme, die nahezu wortident sind. Man fragt sich, wer von wem abgeschrieben hat. Wirtschaftspolitisch und migrationspolitisch wird das eine harte rechte Ausrichtung. Dass wir wenig Gemeinsamkeiten finden würden, ist sonnenklar.“

[Read more ... Kern: Chance auf Rot-Blau „im tausendstel Promille-Bereich“](#)

2017-10-18 14:29

younion-Forderung: MitarbeiterInnen nicht im rechtlichen Regen stehen lassen!

Seit dem Urteil gegen eine Grazer Kindergartenpädagogin, die wegen angeblicher Verletzung ihrer Aufsichtspflicht Schadenersatz zahlen soll, herrscht in den österreichischen Kinderbildungseinrichtungen große Verunsicherung.

Der Hintergrund: Die Pädagogin, die zu diesem Zeitpunkt 21 Kinder alleine betreuen musste, hatte in 1,20 Meter Höhe eine Leiter an einer Sprossenwand befestigt. Beim Herunterrutschen dieser Leiter verletzte sich ein fünfjähriges Mädchen. Ihr Vater klagte die Pädagogin auf 15.000 Euro und Haftung für in

Zukunft aus dem Unfall möglicher Weise resultierende Folgen. Das Oberlandesgericht Graz entschied in zweiter Instanz im Sinne des Klägers.

Leidtragende dieses Urteils sind sowohl die Beschäftigten der Kinderbildungseinrichtungen, die bei der Ausübung ihres Berufs ab sofort eine Klage fürchten müssen, als auch die ihnen anvertrauten Kinder. Jede Form von Ausflügen sowie Turnübungen und Spiele werden unmöglich, wenn sie für ArbeitnehmerInnen zu einem untragbaren rechtlichen Risiko werden.

Aus Sicht der ExpertInnen der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft sind solche Vorfälle vor allem unzureichenden Rahmenbedingungen geschuldet. Abhilfe kann nur die Umsetzung eines österreichweiten Bildungsplans bringen, der allen Einrichtungen bundesweit eine einheitlich klare Anleitung gibt, wie Kinder durch ElementarpädagogInnen gefördert werden sollen.

Für die qualitative Umsetzung dieses Bildungsplans fehlt derzeit ein Bundesrahmengesetz zur Struktur- und Organisationsgestaltung, um eine einheitliche Struktur- und Organisationsqualität für elementare Bildungseinrichtungen in Österreich sicher zu stellen.

Der Bundesvorstand der youunion _ Die Daseinsgewerkschaft fordert daher in seiner Resolution vom 17. Oktober 2017 ein Bundesrahmengesetz, das für klare Verhältnisse und rechtliche Absicherung der Beschäftigten in den österreichischen Bildungseinrichtungen sorgt.

Das Bundesrahmengesetz soll für elementarpädagogische Einrichtungen und Horte „Mindeststandards“ in folgenden Punkten festlegen:

- Einheitliche Ausbildung und Fortbildung des pädagogischen Fachpersonals
- Einheitliche Ausbildung und Berufsbezeichnung für das unterstützende Personal
- Vor und Nachbearbeitungszeit sowie Reflexionszeiten und ausreichend Zeitressourcen für Leitungspersonal innerhalb der Dienstzeit
- Erwachsenen-Kinder-Schlüssel
- Kinderanzahl pro geführter Gruppenform
- Räumliche Erfordernisse (Innen- und Außenbereich)
- Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen nur mit dem notwendigen Fachpersonal
- Ausreichendes medizinisches Fachpersonal in Heilpädagogischen Gruppen

Ausdrücklich betont der Bundesvorstand das Bekenntnis zur rechtlichen Absicherung der Mitglieder der youunion im Klagsfall. Falls die Kinderbildungseinrichtungen keine Versicherung für einen entsprechenden Schadensfall bietet, greift in Fällen die umfangreiche Berufshaftpflichtversicherung für youunion-Mitglieder.

[Read more ... youunion-Forderung: MitarbeiterInnen nicht im rechtlichen Regen stehen lassen!](#)

2017-10-17 07:48

[SPÖ will mit ÖVP und FPÖ reden](#)

SPÖ wartet auf Einladung

Die SPÖ hat am Montagnachmittag in ihren Parteigremien beschlossen, entlang des schon vorher festgelegten Wertekompasses Gespräche mit allen Parteien über eine künftige Koalition zu führen, sofern man dazu eingeladen wird. Das berichtete der Kärntner Landeshauptmann Peter Kaiser nach der Vorstandssitzung vor Journalisten.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl dementierte indes Widerstand aus seiner Landespartei. Dass sich die Wiener in den Gremien gegen einen derartigen Beschluss starkgemacht hätten, sei eine „völlige Fehlinformation“, so Häupl. „Selbstverständlich sind wir dafür, dass mit allen geredet wird“, so Häupl.

Das Präsidium habe sich einstimmig dafür ausgesprochen, im anschließenden Vorstand seien zwei Vertreter der Jugendorganisationen dagegen gewesen. Er habe keine Bedenken gegen Gespräche mit den Freiheitlichen, sagte Häupl. Eine Koalition mit der FPÖ will er aber nicht, bekräftigte der Bürgermeister. Neben Wien haben sich dem Vernehmen nach auch Tirol und Vorarlberg gegen eine Zusammenarbeit mit den Freiheitlichen ausgesprochen.

Kern: Wollen keine Türe zuschlagen

SPÖ-Chef Christian Kern sagte nach der Sitzung der Gremien, dass die Partei geschlossen dafür eintrete, bei entsprechender Einladung Gespräche über eine Regierungsbeteiligung zu führen: „Wir wollen keine Türe zuschlagen, das haben wir heute klargemacht.“ Dass Häupl zumindest Rot-Blau skeptisch gegenübersteht, nimmt Kern zur Kenntnis. Die Position des Stadtchefs sei bekannt. Doch hätten auch die Wiener Vertreter in den Gremien für die Aufnahme von Gesprächen gestimmt.

Die SPÖ will mit allen reden

Die SPÖ hat am Montag in ihren Parteigremien beschlossen, mit allen Parteien, also auch mit der FPÖ, Gespräche zu führen. Man wolle keine Türen zuschlagen, so SPÖ-Chef Kern.

Kern geht allerdings nicht davon aus, dass die Sozialdemokraten zum Zug kommen werden. Die Programme von ÖVP und Freiheitlichen seien „fast wortident“. Er nehme daher an, dass die beiden Parteien relativ rasch ein Regierungsprogramm haben werden.

Kern stellte Vertrauensfrage

Kern selbst ist entschlossen, als Parteichef im Amt zu bleiben. Er stellte in den Gremien die Vertrauensfrage und wurde dort einstimmig bestätigt. Die Parteistrukturen will er überarbeiten. Dass es hier Änderungsbedarf gebe, sei im Wahlkampf evident geworden. Nicht endgültig festlegen wollte sich der Kanzler, was die Besetzung der Bundesgeschäftsführung angeht.

Zumindest bis zur Regierungsbildung werden Andrea Brunner und Christoph Matznetter als Bundesgeschäftsführer im Amt bleiben. Noch nicht entschieden wurde auch, wer das Amt der Zweiten oder Dritten Nationalratspräsidentin ausüben wird. Als nicht unwahrscheinlich gilt, dass die derzeitige

Präsidentin Doris Bures diese Position ausfüllen wird. Sie selbst äußerte sich am Montag allerdings nicht dazu.

Schickhofer: Weg in Opposition zeichnet sich ab

Unmittelbar vor der Präsidiumssitzung hatte sich Kern für Koalitionsverhandlungen mit ÖVP und FPÖ ausgesprochen. Basis für die Gespräche würden Kriterienkatalog und Wertekompass sein, die bereits vor der Wahl fixiert worden waren.

Kern traf zur Sitzung gemeinsam mit Hans Peter Doskozil, dem Vertreter des rot-blau regierten Burgenlands, ein. Wie Kern trat auch Doskozil dafür ein, auf Basis des Wertekatalogs zu verhandeln. Diese Devise gab Kaiser aus. Er hält allerdings eine schwarz-blaue Koalition für am wahrscheinlichsten. Ebenso sah das der steirische Landesvorsitzende Michael Schickhofer: „Der Weg in die Opposition zeichnet sich ab.“ Reden solle man aber mit allen.

Einig war man sich in der Partei, dass das Wahlergebnis, das in etwa jenem von 2013 entsprach, kein Ruhmesblatt ist. Infrastrukturminister Jörg Leichtfried meinte etwa: „Es war schon einmal lustiger.“ Der niederösterreichische Landeschef Franz Schnabl sagte: „Es ist kein Sieg, sondern eine gefühlte Niederlage.“ Auch Häupl sagte, er hätte sich „ein besseres Ergebnis erwartet“.

Wer aus dem Parlament fliegt

Zahlreiche Wechsel finden nach der Nationalratswahl im SPÖ-Parlamentsklub statt, und das nicht nur, weil eine große Gruppe an Abgeordneten nicht mehr kandidiert hat. Nach derzeitigem Stand fliegen etwa Bildungssprecherin Elisabeth Grossmann, Pro-Ge-Chef Rainer Wimmer, Bundesgeschäftsführer Christoph Matznetter und die Vorsitzende der Jungen Generation, Katharina Kucharowits, aus dem Nationalrat.

Dem Vernehmen nach ebenfalls nicht geschafft haben dürfte es der frühere Klubchef Josef Cap, dessen Vorzugsstimmenwahlkampf gescheitert sein dürfte. Für ihn bedeutet das wohl einen Abschied aus dem Hohen Haus nach 34 Jahren. Fix weg ist der ehemalige Verteidigungsminister Gerald Klug.

Neue Gesichter im Klub

Viele neue Gesichter wird es im Parlamentsklub geben. Aus Niederösterreich kommt der frühere Landesrat Maurice Androsch, ebenfalls der ehemalige SJ-Chef Andreas Kollroß, heute Bürgermeister in Trumau, sowie Landesgeschäftsführer Robert Laimer. Gerade noch geschafft hat es ein Jungstar, die Bürgermeisterin von Altmünster, Elisabeth Feichtinger aus Oberösterreich. Vorarlberg entsendet Landesgeschäftsführer Reinhold Einwallner, Tirol unter anderen Frauenchefin Selma Yildirim. Neu aus der Steiermark ist unter anderen die Obfrau der Gebietskrankenkasse, Verena Nussbaum.

Von den bisherigen Regierungsmitgliedern dürften neben Kern Doskozil, Leichtfried, Sozialminister Alois Stöger und Staatssekretärin Muna Duzdar ihre Mandate annehmen. Verzichtet etwa Kanzleramtsminister Thomas Drozda, würde der frühere Bundesratspräsident Mario Lindner nachrücken. Unsicher ist, ob der zurückgetretene Bundesgeschäftsführer Georg Niedermühlbichler seinen Sitz in Anspruch nimmt. Wenn nicht, hätte ÖGB-Frauenchefin Renate Anderl eine Chance.

[Read more ... SPÖ will mit ÖVP und FPÖ reden](#)

2017-10-16 08:14

[Wahlkarten: Mehr als 750.000 Stimmen fehlen noch](#)

Mehr als 750.000 Stimmen der Nationalratswahl sind noch nicht ausgezählt. Den größten Teil der noch offenen Stimmen werten heute die Bezirkswahlbehörden aus - nämlich jene, die per Post geschickt wurden. Das dürften mehr als 700.000 sein.

Am Donnerstag sind die Landeswahlbehörden dran: Sie zählen die Wahlkarten aus, die in „fremden“ Wahlkreisen abgegeben wurden - und zwar nicht nur „klassisch“ als Wahlkarte, sondern heuer erstmals auch als Briefwahl. Letzteres war bei früheren Wahlen nicht möglich, und so lässt sich nicht wirklich abschätzen, wie viele Stimmen am Donnerstag noch anfallen. Zwischen 50.000 und 100.000 wurde gerechnet.

Es steht auch noch nicht genau fest, wie viele Stimmen insgesamt noch zu den 4.324.760 aus dem vorläufigen Endergebnis dazukommen. Laut ORF-Hochrechnung wird momentan von 750.228 gültigen Stimmen ausgegangen.

889.193 Wahlkarten wurden ausgestellt. Ein Teil von ihnen wurde am Wahltag im eigenen Wahlkreis verwendet und somit bereits mit der Urnenwahl ausgezählt. Etwas mehr als 80 Prozent fallen nach den Erfahrungen der letzten Wahlen für die zwei Auszählungen heute und am Donnerstag an.

[Die Wahlergebnisse im Detail](#)

[Read more ... Wahlkarten: Mehr als 750.000 Stimmen fehlen noch](#)

2017-10-15 10:55

[Parteien melden bisher 3,4 Mio. Euro an Spenden](#)

Für den Nationalratswahlkampf haben die kandidierenden Parteien in Summe 3,4 Mio. Euro an Spenden gemeldet. Davon gingen fast zwei Drittel an die ÖVP, ein Viertel an NEOS. Den größten Anteil machten Großspenden über 3.500 Euro aus. Nur bei SPÖ und Grünen liegen Kleinspender vorne - beide Parteien haben auch geringe Gesamteinnahmen.

Die ÖVP hat ihre Spendeneinnahmen im Wahlkampf erstmals laufend offengelegt und dabei eine Anleihe am Präsidentschaftswahlkampf genommen, wo Alexander Van der Bellen und Irmgard Griss offensiv Fundraising betrieben hatten. Bis Freitag legte die Volkspartei 2,1 Mio. Euro an Spenden offen, davon 57 Prozent (1,2 Mio. Euro) von Großspendern.

NEOS auf Platz zwei, gefolgt von Pilz

Auf Platz zwei liegt mit 821.500 Euro NEOS. Hier kamen 78,4 Prozent von Großspendern (über 3.500 Euro). Der frühere grüne Abgeordnete Peter Pilz meldete rund 282.000 Euro an Spendeneinnahmen. Auch bei ihm liegen die Großspender knapp vorne, darunter die Kandidaten Alfred Noll und Renee Schroeder. Pilz muss seinen Wahlkampf ohne Parteienförderung führen, auf die seine Liste erst Anspruch erhalten würde, sollte sie in den Nationalrat einziehen.

Vergleichsweise geringe Einnahmen meldete die SPÖ mit rund 187.000 Euro, davon etwas mehr als ein Drittel (70.000 Euro) von Großspendern über 3.500 Euro - wobei die Sozialdemokraten betonen, keine Spenden über 20.000 Euro anzunehmen.

Wenig für Grüne, FPÖ nimmt keine Spenden an

Während Alexander Van der Bellen für seine Präsidentschaftswahl erfolgreiches Fundraising betrieben hat, sammelt seine frühere Partei, die Grünen, bei der Nationalratswahl kaum Spenden. Bisher wurden nur Einnahmen von 7.699 Euro gemeldet - und keine einzige Großspende. Keine Spenden offengelegt hat die FPÖ. Nach Angaben der Partei werden keine Wahlkampfspenden angenommen.

[Read more ... Parteien melden bisher 3,4 Mio. Euro an Spenden](#)

2017-10-11 11:25

Kern gibt in letzter Nationalratssitzung Erklärung ab

SPÖ-Chef Christian Kern wird die Sitzung des Nationalrats morgen wohl als Wahlkampfbühne nutzen. In seiner Funktion als Bundeskanzler kündigte er eine Erklärung an, an die sich eine Debatte anschließen wird.

Offen ist bisher, ob es auch eine Dringliche Anfrage geben wird, die das ohnehin schon volle Programm noch ergänzen könnte. Die Chance dafür hätte zunächst die SPÖ. Verzichtet sie, wäre die Volkspartei am Zug, danach die FPÖ.

Letzte Beschlüsse

Jedenfalls - dank Rotationsprinzip - ein Thema setzen können die Grünen, nämlich in der Aktuellen Stunde, in der sie über die Klimakrise debattieren lassen. Dazu fallen noch jede Menge Beschlüsse, teils mit rot-blau-grünen Mehrheiten, etwa dass bei der Notstandshilfe das Partnereinkommen nicht mehr eingerechnet wird oder die Übernahme der Lehrlingskosten durch den Insolvenzentgeltfonds.

[Read more ... Kern gibt in letzter Nationalratssitzung Erklärung ab](#)

2017-10-10 09:44

CETA-Volksbegehren: Verfassungsausschuss beendet intensive Beratungen

Viele offene Fragen und massive Rechtsunsicherheiten bleiben

Dank der Unterstützung von mehr als 562.000 BürgerInnen, die das Volksbegehren gegen CETA, TTIP & TiSA ins Parlament brachten, befasste sich der Verfassungsausschuss intensiv mit CETA und Freihandel im Allgemeinen. Die Experten-Anhörungen bestätigten die von Gewerkschaften und NGO's ins Treffen geführten Bedenken eindrucksvoll. „Es ist leider immer noch nicht gelungen, die rechtlichen Unsicherheiten bei der Auslegung des CETA-Vertrages vollständig zu klären. Somit ist für uns klar, dass das Parlament so lange keine Zustimmung zu CETA geben darf, bis die letzten juristischen Zweifel ausgeräumt sind und die von uns aufgezeigten roten Linien nicht überschritten werden“, stellt Thomas Kattnig, Mitglied des Bundespräsidiums von youunion _ Die Daseinsgewerkschaft in einer ersten Reaktion fest.

Erst sechs Mitgliedstaaten haben das Abkommen bisher ratifiziert. Besondere Bedenken haben die Kritiker der Handelsabkommen in ihrer derzeitigen Form gegen die vorgesehenen Investitionsschutzregeln und die Schiedsgerichtsbarkeit.

Kattnig: „Das Volksbegehren gab dem Parlament die Gelegenheit, sich intensiv mit der Materie zu beschäftigen und keine voreilige Ratifizierung zu veranlassen. Ohne diese Initiative, die wir gerne unterstützten, wäre dies nicht möglich gewesen. Ich sehe mich jedenfalls in meiner Kritik bestätigt, dass kein Bedarf an zusätzlichen privilegierten Klagerechten für Konzerne und Sonderschiedsgerichtsbarkeit besteht.“ Weitgehend ungeklärt sind auch die Auswirkungen von CETA auf die Daseinsvorsorge, den Umwelt- und Konsumentenschutz sowie ArbeitnehmerInnen-Rechte. Gleichzeitig sind noch eine Reihe von Gutachten und Entscheidungen auf EU-Ebene zu erwarten.

Thomas Kattnig abschließend: „Das Parlament hat gerade bei CETA und damit auch für kommende Handelsabkommen eine riesige Verantwortung. Wir müssen die Daseinsvorsorge und unsere Standards sichern. Daher gilt es bei CETA die Giftzähne zu ziehen und ein neues faires sowie nachhaltiges Handelsregime für die Zukunft zu etablieren.“

2017-10-04 09:06

[Kurz-Aussage „nicht sehr klug“](#)

Neu Regieren. ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz stößt auf Widerstand in seinen eigenen Reihen.

Beim KURIER-Gespräch mit Herausgeber Helmut Brandstätter im Raiffeisen Forum sagte Kurz, er wolle im Falle einer Kanzlerschaft eine „starke Regierung“ bilden. Dazu gehöre, das „verwaschene Verhältnis“ zwischen Regierung und den Sozialpartnern neu zu regeln. So wäre es beispielsweise bei Regierungsverhandlungen problematisch, wenn immer auch die Sozialpartner mit am Tisch sitzen. Kurz: „Hier verschwimmen Grenzen, die nicht verschwimmen sollten.“ Die Sozialpartner hätten sicherlich große Verdienste, künftig sollten sie sich aber auf ihre Kernaufgaben fokussieren – wie Kollektivvertragsverhandlungen. In Zukunft werde eine starke Regierung Entscheidungen treffen, auch gegen erwartbaren Widerstand aus den Bundesländern mit ihren sechs schwarzen und drei roten Landeshauptleuten.

Der Widerstand ist bereits da. „Für sehr klug halte ich diese Aussagen nicht“, sagt Lehrgewerkschafter Paul Kimberger auf Anfrage des KURIER. „Auch Kurz wird die Erfahrung machen, dass man Reformen nur mit den Betroffenen, also mit den Lehrern und Lehrgewerkschaftern, machen kann und nicht gegen sie“, prophezeit Kimberger dem ÖVP-Chef. Bildung sei „nicht so wie in der Wirtschaft, wo es um irgendwelche Benchmarks geht“, sagt Kimberger. Bei Bildung „stehen Menschen, unsere Kinder, dahinter“.

Kimberger führt die Aussagen von Sebastian Kurz auf den Intensivwahlkampf zurück: „Die Nervosität ist hoch, Aussagen werden überspitzt.“ Nach dem 15. Oktober schaue die Welt wieder anders aus.

Wirtschaftskammer-Boss Christoph Leitl war für eine Stellungnahme nicht zu erreichen. Im Wirtschaftsbund heißt es jedoch ähnlich wie bei der Lehrgewerkschaft: Nach der Wahl werde man sehen. Da werde dann halt nicht der Wirtschaftsbund-Generalsekretär Peter Haubner am Koalitionsverhandlungstisch sitzen, sondern der Salzburger ÖVP-Spitzenkandidat Peter Haubner.

[Read more ... Kurz-Aussage „nicht sehr klug“](#)

2017-10-03 14:11

[Dirty Campaigning: Laut Silberstein Kern nicht eingeweiht](#)

Der frühere SPÖ-Berater Tal Silberstein gibt an, dass Kanzler und Parteichef Christian Kern in seine verdeckten Facebook-Aktionen gegen den ÖVP-Spitzenkandidaten Außenminister Sebastian Kurz nicht eingeweiht gewesen sei.

„Der Kanzler hatte nicht einmal das entfernteste Wissen oder die entfernteste Information darüber“, sagte Silberstein in „News“ (Onlineausgabe). Und: „Es ist Teil einer Negativkampagne der Gegenseite, alles dem Kanzler und der SPÖ vorzuwerfen.“

Keine Angaben zu Auftraggeber

Öffentlich wurde die Causa laut Silberstein über einen „Maulwurf“ in seinem Team, nicht aber über seinen Partner Peter Puller, wie er sagt. Außerdem zitierte „News“ Angaben aus dem „Umfeld“ Silbersteins, wonach die beiden Facebook-Gruppen ohne Auftrag der SPÖ eingerichtet worden seien, um Daten über Zielgruppen zu sammeln.

Der seitens der SPÖ involvierte Mitarbeiter habe nur Informationen aus Umfragen und Fokusgruppen beigesteuert, um die Seiten bestmöglich auf die Zielgruppen auszurichten. Die Kosten seien nicht bei den kolportierten 500.000, sondern unter 100.000 Euro gelegen.

[Read more ... Dirty Campaigning: Laut Silberstein Kern nicht eingeweiht](#)

- [« First](#)
- [Previous](#)
- [1](#)
- [2](#)
- [3](#)
- 4
- [5](#)
- [6](#)
- [7](#)
- [Next](#)
- [Last »](#)